

ček's influence, were nothing but opportunists, devoid of principles. All too prominent also in the book is the old familiar bogey of Czech cowardice and timeserving as a special national characteristic; as if under the harsh and suspicious police regime of the 1850's Austrians and Bohemian Germans all behaved like heroes, whereas in fact many of them kept their heads down and abandoned or let down their friends. Since so little has been written about Havlíček in any language except Czech it is disappointing to have to make so much criticism of a new book in German. As a general introduction to Havlíček which gives a narrative account of his life and work this book will be of use to the ordinary reader. As a contribution to the study of Havlíček only the chapters on his Brixen exile are valuable.

London

Trevor Vaughan Thomas

*Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. Abt. V. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Bd. 2, 1. Mai 1861–2. November 1861. Bearbeitet von Stefan Malfèr. Mit einem Vorwort von Gerald Stourzh.*

Österreichischer Bundesverlag, Wien 1981, XLVIII, 536 S.

Dieser Band der österreichischen Ministerratsprotokolle beginnt mit dem Tag, an dem die beiden Häuser des österreichischen Reichstags nach der sogenannten Februarverfassung vom 26. Februar 1861 in einer gemeinsamen Sitzung von Kaiser Franz Josef feierlich eröffnet wurden. In der Einleitung geht der Bearbeiter zunächst der Frage nach, ob die Februarverfassung für Österreich den Übergang zu einem konstitutionellen Staat bedeutete oder ob es sich dabei nur um eine „Scheinverfassung“ handelte, gewissermaßen um eine Modifikation des Neoabsolutismus, wie es im zeitgenössischen Meinungsstreit hieß. Diese Frage beantwortet der Bearbeiter sehr vorsichtig, indem er feststellt, daß die Februarverfassung auf jeden Fall einen gewaltigen Schritt in Richtung zur konstitutionellen Neuordnung der Monarchie darstellte. Sie war auch die erste österreichische Verfassung, die tatsächlich ausgeführt wurde. Jedenfalls stellt Malfèr dann einschränkend fest, daß Schmerling, der Vater dieser Konstitution, keine Verfassung im Sinn der französischen oder österreichischen aus dem Jahr 1848 schaffen wollte. Bezüglich der Ministerratsprotokolle hält er aber für besonders beachtenswert, „daß zum erstenmal das konkrete Funktionieren der Dreieinigkeit Kaiser, Regierung und Reichsrat erprobt wurde“ (S. XIV).

Die Thematik der Ministerratssitzungen, wie aus den Protokollen ersichtlich wird, kreist fast ausschließlich um das ungarische Verfassungsproblem. Informationen über die politische Lage in den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien sind äußerst spärlich.

Für Böhmen wird im Ministerrat in der Sitzung vom 2. September 1861 die Bezuschussung einer Renovierung der römisch-katholischen Kirche in Prag-Karolinenthal, anlässlich der Feier des tausendjährigen Jubiläums der Christianisierung Böhmens durch Kyrill und Method 862, abgelehnt, weil von den Ministern vermutet wird, daß die säkulare Feier zu diesem Anlaß zu einer Demonstration gegen die Regierung ausarten werde (S. 344).

Bei den Beratungen über das Pressegesetz im Ministerrat vom 17. September 1861,

bei denen Ungarn wiederum die Hauptrolle spielt, wird darauf verwiesen, daß, wenn ein neues Pressegesetz erlassen werden soll, es möglichst liberal sein müsse, wenn es effektiv u. a. auch in Böhmen angewendet werden soll. Von untergeordneter Bedeutung waren die Beratungen im Ministerrat am 15. Juli 1861 über ein Gesetz zur Weinkonsumbesteuerung, gegen das Böhmen im Gegensatz zu den ausgesprochenen Weinländern, wie z. B. Mähren, nicht protestiert hatte. Auch in einer Ministerratsitzung vom 12. Oktober handelte es sich Böhmen betreffend erneut um keinen politisch herausragenden Vorgang: die Errichtung eines Familienfideikommisses für den Fürsten Karl Anton zu Hohenzollern Sigmaringen, der von den anwesenden Kabinettsmitgliedern trotz einiger Bedenken, die gegen Ausländer erhoben wurden, zugestimmt wurde.

Ein Referat des Polizeiministers, des Freiherrn von Mecséry, in der Ministerratsitzung vom 2. Oktober widmete sich einer Interpellation des tschechischen Abgeordneten Pražák, der sich über einen Erlaß der mährischen Statthalterei beschwert hatte, die mit einer angeblich unkorrekten Begründung bei den Bezirksvorstehern auf tschechische Agitatoren aufmerksam gemacht hatte.

Obwohl dieser Band der Ministerratsprotokolle speziell über böhmisch-mährisch-schlesische Fragen wenig aussagt, ist er für das Verfassungsproblem im Gesamtstaat und über die verfassungsmäßige Zuordnung Ungarns von großem Gewicht. Die Edition ist wie die vorhergehenden sehr sorgfältig gearbeitet und für die Erforschung der österreichischen Geschichte im 19. Jahrhundert unentbehrlich.

München

Horst Glassl

*Schöffner, Peter: Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat.*

Franz-Steiner-Verlag, Wiesbaden-Stuttgart 1986, 826 S. (Studien zur modernen Geschichte 34).

Die umfangreiche Hamburger Dissertation untersucht die Positionen, innerparteilichen Debatten und die politische Taktik der österreichischen Sozialdemokratie im Jahrzehnt von 1888 bis 1897. Neben dem Wahlrechtskampf der Jahre 1893 bis 1897 wird auch der von 1904 bis 1907 ausführlich behandelt. Dabei findet nicht nur die Position der Sozialdemokratie eine eingehende Darstellung, sondern auch die Konzeption und Entwürfe der anderen Parteien, der Kabinette und des Kaisers.

Der Kampf um das Wahlrecht war für die österreichische Sozialdemokratie seit Beginn der neunziger Jahre (parallel zum Aufkommen der Mai-Feiern), das wichtigste und alles bestimmende Thema, das alle anderen Programmpunkte, wie z. B. den Acht-Stunden-Tag, auf die Plätze verwies. Der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde zur Notwendigkeit erklärt, um weitere Reformen im Sinne der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Andererseits förderte dieser Kampf ebenso wie die Wahlkämpfe, an denen die Sozialdemokratie seit 1891 teilnahm, die Bekanntheit und Popularität sowie organisatorische Dichte und Geschlossenheit der Partei. Nach Schöffner erzwang eine unbeabsichtigte Koalition zwischen der Sozialdemokratie und